

Lawfare als Ersatz für politische Überzeugungsarbeit

Bolivien: Juristische Verfolgung politischer Gegner*innen ist auch nach dem Regimewechsel an der Tagesordnung

„Kein Vergessen, kein Vergeben - Gerechtigkeit!“, skandierte Nadia Cruz, die bolivianische Ombudsfrau, jüngst im Chapare vor einer Versammlung von Kokabauern mit in die Höhe gestreckter Faust. Im letzten November waren 18 Personen in Sacaba nahe Cochabamba und später im Distrikt Senkata von El Alto bei gewaltsamen Protesten unter bislang ungeklärten Umständen erschossen worden. Mit der Gerechtigkeit und dem Thema der Straflosigkeit ist es aber bei Regimewechseln so eine Sache, insbesondere wenn es keine unabhängige Justiz gibt. An verschiedenen Orten hat es Tote gegeben, und die Gewalt ging vor und nach dem Rücktritt von Präsident Evo Morales nicht nur von Militär oder Polizei aus. Aktuell sorgen juristische Verfahren nicht so sehr für Aufklärung, sondern dienen vor allem dem *Regime Change*.

VON PETER STRACK

Vor dem Rücktritt von Evo Morales waren Bergarbeiter aus Potosí, die auf dem Weg nach La Paz waren, um gegen die Wahlmanipulation zu protestieren, auf der Überlandstraße bei Oruro von Scharfschützen angegriffen, in Santa Cruz Protestierende sogar umgebracht worden. In Sacaba waren nach dem Rücktritt zahlreiche mit Gewehren bewaffnete Demonstrant*innen festgenommen worden. In Senkata hatten Demonstrierende Sprengstoff eingesetzt. Laut Angaben des gerichtsmedizinischen Instituts stammten die tödlichen Kugeln in Senkata und Sacaba nicht aus regulären Waffen des Militärs oder der Polizei. Das heißt aber nicht, dass Militär oder Polizei nicht als Täter in Frage kämen. Noch unter der MAS-Regierung war ein Student der Universität von El Alto bei Protesten mit einem Glaskugelgeschütz getötet worden. Nachdem der Innenminister zunächst die Studierenden selbst als Täter beschuldigt hatte, präsentierte er später einen Polizisten, der angeblich auf eigene Initiative den Todesschuss abgegeben haben soll. Die Staatsanwaltschaft sei bei ihren Untersuchungen weit von der Erfüllung der Verfahrensregeln sowie von der Vorgabe, unabhängig zu sein, entfernt, kritisierte das ITEI in

einer Stellungnahme zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember. Bis zu diesem Datum lagen dieser Nichtregierungsorganisation, die auf die Therapie von Folteropfern spezialisiert ist, 90 Anzeigen vor: von Misshandlungen oder Folter durch die Polizei bei Verhaftungen. So war ein Jugendlicher mit einer Waffe bedroht worden, damit er sagte, wie viel Geld ihm Evo bezahlt habe. Noch heute leide er unter Schlafstörungen. Verschlimmert werde das für die Opfer dadurch, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung die Menschenrechtsverletzungen leugne oder ignoriere, so das ITEI. Versöhnung und Befriedung seien aber nur dann möglich, wenn die Menschenrechte für alle gälten.

Dass es dieselben Staatsanwält*innen und Richter*innen sind, die unter der MAS-Regierung die damaligen Oppositionellen verfolgt und immer wieder auch ohne Beweise inhaftiert hatten, und dass es Folter bei der Polizei nicht erst seit der Übergangsregierung unter Jeanine Áñez gibt, macht die Sache nicht besser. Schon im Vorjahr hatte das ITEI in einem Bericht auf Folter durch Staatsorgane hingewiesen. Am darauffolgenden ersten Arbeitstag hatte die MAS-Regierung damals Kontrolleure geschickt, die aufgrund eines Übersetzungsfehlers gleich mehrere Tausend Dollar Strafe wegen angeblich nicht gezahlter Versicherungsabgaben androhten. So etwas blieb dem ITEI diesmal erspart. Aber es gab auch keinerlei Reaktion, die auf die Bereitschaft hingewiesen hätte, diese Praxis beenden zu wollen.

Das Thema Straflosigkeit ist aber auch aus anderen Gründen heikel. Veruntreuungen in Millionenhöhe, außergerichtliche Erschießungen, die Beauftragung von Todesschützen gegen protestierende Zivilbevölkerung und auch systematischer Wahlbetrug sind keine Kavaliersdelikte. Aber Straflosigkeit ist andererseits häufig die Bedingung für das Ende gewaltsamer Auseinandersetzungen. Im Fokus der Ermittler steht Juan Ramón Quintana. Der Ex-Militär und Freund der Familie des früheren Diktators Banzer war Schüler der US-Diktatorenschmiede *Escuela de las Américas*, die für ihre Methoden der Aufstandsbekämpfung bekannt ist. Unter



FOTO: PETER STRACK

Gerechtigkeit für die Opfer von Senkata und Sacaba – Kundgebung in El Alto am 1. Februar 2020

Evo Morales hatte Quintana mehrmals als Präsidentschaftsminister die Regierungsgeschäfte koordiniert oder, als die öffentliche Meinung zu kritisch wurde, zwischenzeitlich auch den Posten des Botschafters in Cuba übernommen. Seit Morales' Rücktritt hat er mit anderen Ministern Zuflucht in der mexikanischen Botschaft gesucht. Und da er nicht mit einem unabhängigen Verfahren rechnen kann, gilt er als politisch verfolgt mit Anspruch auf freies Geleit. Pikant an der Angelegenheit ist, dass Quintana selbst vor Jahren dem Senator Roger Pinto dieses freie Geleit verweigert hatte. Pinto war verfolgt worden, weil er Verbindungen der bolivianischen Regierung zum Drogenhandel angezeigt hatte. Ein brasilianischer Botschaftsangehöriger schaffte ihn schließlich in einer Nacht- und Nebelaktion aus dem Land.

An einem frühen Januarmorgen tauchten wiederum vermummte und bewaffnete Mitglieder einer spanischen Sondereinheit vor der mexikanischen Botschaft in La Paz auf, in der die beiden Botschafterinnen einen Höflichkeitsbesuch abhielten, wie es hieß. Da die Spanier ihre Pässe nicht zeigen wollten, ließ die bolivianische Polizei die Fahrzeuge nicht bis zur Botschaft durch. Gegen Quintana liegt unter anderem eine Strafanzeige wegen Aufwiegelung zum Aufstand vor. Er hatte schon in früheren Jahren kriminelle engagiert, um sie auf regierungstreue Demonstrierende schießen zu lassen. Und gegen den Journalisten Wilson García Mérida hatte er ein Strafverfahren wegen Anstiftung zum Aufstand angestrengt, das diesen zwang, ins Exil zu gehen. Damals ging es nicht um Scharfschützen oder die Bezahlung von in Gewaltakten endenden Protestmärschen, sondern um die Veröffentlichung von Dokumenten, die auf die Verbindungen Quintanas mit der Drogen- und Menschenhändlermafia hingewiesen hatten.

Warum das Interesse der spanischen Botschaft am Schutz von Quintana? Und warum gibt es kein Interesse am abgesetzten Gouverneur von Chuquisaca, dem der Prozess gemacht wird und der wie so viele andere in Untersuchungshaft genommen wurde? Die Arbeit des Gouverneurs, der selbst durch Wahlmanipulation ins Amt gekommen war, wird nicht einmal von der Mehrheit derer, die ihn gewählt hatten, positiv eingeschätzt. Aber dass er in den Tagen der Blockade aus einer Provinzstadt regiert hat, da er direkt bedroht wurde, kann wohl kaum als „Vernachlässigung der Amtsausübung“ interpretiert werden, wegen der er angeklagt ist.

Die Menschenrechte müssen für alle gelten. Aber nicht so sehr der international gut vernetzte Quintana benötigt Fürsprache und Unterstützung, sondern die Opfer einer regelrechten Rachekampagne: viele Mitläufer*innen der MAS-Regierung, die Anweisungen befolgten oder gar unschuldig sind und sich derzeit in Haft befinden: Die „Guerreros Digitales“ etwa, die noch nach dem Amtsantritt von Jeanine Áñez von Staatscomputern aus Protestaufrufe verbreiteten. Sicherlich ist das arbeitsrechtlich nicht korrekt – aber deswegen gleich ins Gefängnis? Da ist auch der frühere Leiter des Programms cubanischer Ärzt*innen, der gar nicht weiß, was er falsch gemacht haben soll und der inhaftiert wurde, bevor überhaupt eine Anklage vorlag. Oder die Richterin, die einen Haftbefehl aufhob, weil der Staatsanwalt nicht mit Beweisen zum Termin erschienen war, und gegen die deswegen selbst ein Verfahren eröffnet wurde. So wie in der Vergangenheit, wo selbst der oberste Verfassungsrichter Gualberto Cusi wegen „Amtsmissbrauchs“ abgesetzt wurde, nachdem er das vom MAS-Justizminister eingereichte Notariatsgesetz als verfassungswidrig erklärt hatte.

Gegen knapp 600 ehemalige höherrangige Regierungsmitglieder strengt die neue Regierung gerade Untersuchungen an, um illegale Geldflüsse zu identifizieren. Allein die Zwangsabgaben von Staatsangestellten an die Partei, an denen viele von ihnen beteiligt gewesen sein dürften, sind nicht legal gewesen. Und immer wieder veröffentlichten die neuen Minister Unterlagen über die Kanalisierung von Geldern aus Staats- oder parastaatlichen Unternehmen an die Partei, etwa beim Telefonunternehmen ENTEL oder der Regierungsdruckerei, oder von überhöhten Preisen bei Staatsaufträgen ohne Ausschreibung. Allein die Zahl der untersuchten Fälle überfordert das ohnehin korrupte und schlecht funktionierende Justizwesen. Und es stellt sich die Frage, was damit eigentlich bewirkt werden soll. Eine Wirkung hat sich schon eingestellt: In der Presse wird dieses Vorgehen immer häufiger kritisiert; und die Reihen der in den letzten Wochen zerstrittenen Parteiorganisation der MAS schließen sich wieder stärker um den im Exil weilenden Evo Morales und seinen jüngst ernannten Präsidentschaftskandidaten Luis Arce Catacora. Der wurde gleich bei seiner Rückkehr nach Bolivien vor Gericht zitiert, weil er als Finanzminister mitverantwortlich gewesen sei für die Korruptionsfälle des Fonds für Indigene Völker und Kleinbauerngemeinden FONDIOC. Bei der Zerstrittenheit der anderen Parteien hat er gute Chancen, die Wahlen zu gewinnen.

Gleichzeitig scheint die für den gesellschaftlichen Frieden wichtige Klärung der emblematischen Todesfälle von Senkata und Sacaba immer noch in weiter Ferne zu liegen. Sowohl das ITEI als auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) fordern eine unabhängige internationale Untersuchung, die von der Übergangsregierung auch zugesagt wurde. Der Menschenrechtsaktivist Marco Gandarillas ist allerdings skeptisch. Er arbeitet für CEDIB, das „Dokumentations- und Forschungszentrum Bolivien“, das unter der MAS-Regierung immer wieder Opfer von Verfolgung wurde. Der Soziologe zweifelt an der Unabhängigkeit der CIDH. Die Recherche für ihren ersten Bericht über die Tage des Umsturzes hatte nur wenige Tage gedauert. Immer wenn die Sprache auf die Mitverantwortung der MAS gekommen sei, hätte es die kleine Delegation plötzlich sehr eilig gehabt, kritisiert der Soziologe. Behauptungen von MAS-Anhänger*innen wären ohne Überprüfung dokumentiert und zitiert worden. Kritik am MAS tauche dagegen nur in schwammiger Form ohne Bezug zu den Verantwortlichen auf. Die Kommission unterstütze die Seite, die am gewalttätigsten gewesen sei, so Gandarillas, und behindere damit die Lösung der Konflikte.

Nun liegt es in der Verantwortung der jeweiligen Regierung, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen. Die Menschenrechtsgremien müssen sich deshalb vor allem an die Regierungen wenden. In den Vorjahren war ein solcher Impetus wie heute bei der CIDH nicht zu erkennen. Da hatte sich die Bearbeitung zahlreicher Anzeigen gegen die MAS-Regierung immer weiter verzögert. Es sei doch nicht so schlimm wie in Kolumbien, hätten die Menschenrechtsbürokrat*innen abgewiegelt, berichtet Gandarillas. Seit Jahren wartet das CEDIB vergeblich auf eine Entscheidung zum NRO-Gesetz, das die Organisationsfreiheit einschränkt. Schutzmaßnahmen wurden verweigert, obwohl eine Schlägertruppe gegen Mitglieder des CEDIB vorgegangen war, während nun frühere MAS-Funktionäre innerhalb von wenigen Wochen, manchmal sogar Tagen, solche Schutzmaßnahmen zugesprochen bekommen und genau das als „Verfolgung“ brandmarken, was sie früher selbst den Oppositionellen zugemutet hatten.

Die Internationale Menschenrechtsgemeinschaft habe im Fall Bolivien versagt, meint Gandarillas. Sein Vertrauen in den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof wird auch nicht gestiegen sein, nachdem eines seiner Mitglieder, der Argentinier Eugenio Raúl Zaffaroni, jüngst auch noch zusätzlich die Funktion eines Rechtsberaters von Evo Morales übernahm.

Inzwischen hat sich die Konfliktlage etwas beruhigt. Die meisten Akteure blicken auf die Wahlen. Mit der Mehrheit der MAS-Abgeordneten im Parlament wurde ein neuer Wahlgerichtshof eingesetzt und der Fahrplan für die Neuwahlen am 3. Mai festgelegt. Umfragen in Bolivien zeigen, dass lediglich 7 Prozent, also nicht einmal die Mehrzahl der Anhänger*innen der MAS, davon ausgehen, dass die Wahlen vom Oktober sauber gewesen seien. Zwei Drittel der Befragten gehen sogar von schweren Manipulationen aus und wollen den verantwortlichen Präsidenten Morales lieber im Gefängnis sehen, als ihn wieder Regierungsgeschäfte übernehmen lassen. Die Popularitätswerte der Übergangspräsidentin sind keineswegs gut, aber immer noch höher als die von Evo Morales. Dass letzterer aus seinem argentinischen Exil den Einsatz von Militär, Polizei und rechten gewaltbereiten „Widerstandsgruppen“ gegen den MAS kritisiert, aber selbst die Bildung von Milizen „wie in Venezuela“ ankündigt hatte, hat sein Ansehen keineswegs gefördert. Seine Strategie, mit Hilfe erneuter Mobilisierungen Übergangspräsidentin Jeanine Áñez durch die von ihm selbst eingesetzte Oberste Richterin zu ersetzen, ist nicht aufgegangen. Das Verfassungsgericht winkte das Sondergesetz zur Amtszeitverlängerung der Übergangspräsidentin,

wie auch des Parlaments und der Regional- und Lokalregierungen (die meisten vom MAS), bis zu den Wahlen durch. Das nationale Parlament, in dem die MAS-Abgeordneten eine Zweidrittel-Mehrheit haben, hat es anschließend verabschiedet.

Ebenso verabschiedet wurde ein „Gesetz zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte“, das willkürlicher Strafverfolgung einen Riegel verschieben soll und das von der Regierung als „Amnestiegesetz“ abgelehnt wird. Es sei zwar in einzelnen Details noch verbesserungswürdig, meinte der EU-Botschafter, der an den Verhandlungen zwischen MAS und neuer Regierung beteiligt war, die weiteres Blutvergießen verhindern und einen demokratischen Übergang ermöglichen sollten. Aber im Prinzip begrüße er das Gesetz, das wesentliche Vereinbarungen der Verhandlungen aufnimmt.

So notwendig die Offenlegung und juristische Aufarbeitung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen auch ist - es ist unwahrscheinlich, dass erneute gewaltsame Konflikte bis zu den nächsten Wahlen verhindert werden können, wenn sich die bolivianische Justiz nicht mehr um rechtsstaatliche Prinzipien sorgt und die Verhältnismäßigkeit wahrt. Übergangsprozesse erfordern Kompromisse und möglicherweise bisweilen auch Vergebung durch die Opfer. Das gilt für alle Beteiligten im Land und auch für die internationale Gemeinschaft. Die Forderung nach Bestrafung und nach Einhaltung der Menschenrechte, und auch die Forderung, auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zu verzichten, wirken jedoch unglaublich, wenn sie nur gegenüber den jeweiligen politischen Gegner*innen eingebracht werden. ■

José Daniel Ferrer – ein Dissident in Cuba

Durch Vorwürfe von allen Seiten verliert er immer mehr an Glaubwürdigkeit

Am 1. Oktober 2019 wurde José Daniel Ferrer, Chef der oppositionellen Organisation UNPACU (*Union Patriótica de Cuba*), in Santiago de Cuba verhaftet. Bis auf Weiteres sitzt er in Untersuchungshaft. Die Festnahme fand internationale Resonanz, das Europäische Parlament verabschiedete am 28.11.2019 eine Resolution für die sofortige Freilassung des Dissidenten. Die IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) verbreitete in mehreren Erklärungen, der Inhaftierte solle unter allen Umständen zum Schweigen gebracht werden. In seiner Zelle sei er angekettet und misshandelt worden. Aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen sei er in Hungerstreik getreten, habe die Hälfte seines Gewichts verloren und sei in akuter Lebensgefahr, so die Erklärung vom 15. November, in der man sich auf Ferrers Familie beruft. Das Habeas-Corpus-Recht – immerhin in der neuen cubanischen Verfassung verankert – wird laut UNPACU ignoriert. Was ist passiert?

VON ANDREAS HESSE

Nicht nur die am rechten Rand des politischen Spektrums beheimatete IGFM, sondern auch Amnesty International drückte größte Besorgnis über die Angelegenheit aus, erwähnte allerdings, dass die Informationen zu den Umständen des Falls noch nicht von unabhängiger Seite verifiziert werden konnten. Laut Ferrers Frau werde ihm die notwendige medizinische Behandlung verweigert und Angehörige dürften ihm keine Medikamente bringen. Aus regierungsnahen Kreisen hieß es hingegen, Ferrers Frau habe sich geweigert, dem Gefängnisarzt Medikamente zu überlassen und sie stattdessen wieder mit nach Hause genommen. Wem kann geglaubt werden? Der cubanische Staat, der in Bezug auf seine Dissident*innen und den Umgang mit selbigen üblicherweise eher schweigsam ist, blieb diesmal nicht untätig. Das cubanische Fernsehen präsentierte Ende November Videoaufnahmen, in denen der Inhaftierte – keineswegs ausgemergelt, sondern von kräftigem Allgemeinzustand – mehrfach mit großer Heftigkeit seinen Kopf auf die Tischplatte haut, dann den Tisch umwirft und laut schreit, er sei von einem gewissen Quiñones misshandelt worden. Dieser habe ihm den Kopf auf die Tischplatte geschlagen. Das Video brachte die UNPACU in Erklärungsnot. Die